

# Die Frauen und die Kirche.

Von  
Dr. Renetta Brand-Wyt.

Eine Frage macht es besonders den unentschlossenen Frauen schwer, sich parteipolitisch zu entscheiden, und das ist die Frage: Wie wird im neuen Deutschland die Stellung der Kirche sein?

Zwar ist diese Frage nicht die Hauptfrage in unserer kritischen Zeit, aber sie ist für viele die Herzensfrage. Wo viele Frauen wählen, da ist es leicht, diese Gefühls- und Herzensfrage als wichtigste hinzustellen. Das wissen die parteipolitischen Männer sehr wohl. Sie greifen die Worte: „Trennung von Staat und Kirche“ auf und geben diesem Schlagwort die Bedeutung, als handele es sich um die Entzerrung des Staates und die Gefährdung der Religion!

Prüfen wir daher noch in letzter Stunde vor der Wahl an der Hand der verschiedenen Parteiprogramme die Stellungnahme der verschiedenen Parteien.

Wie stellt sich das Erfurter Programm der Sozialdemokraten zu dieser Frage? Klipp und klar fordert dieses „Erlösung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen“. Das heißt also: ob man einem Sportverein, einer politischen Partei, einem Berufsverband oder einer Religionsgemeinschaft angehört, das ist vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet ganz gleich, das ist Privatsache. Die Kulturaufgaben der Kirche sind hiermit verkannt, und es wird wenig nichtsozialistische Wähler und Wählerinnen geben, die diesen schroffen Standpunkt der sozialistischen Partei als richtig anerkennen.

Die Christlich-demokratische Volkspartei — das alte Zentrum — hat den Rahmen zur Lösung der Kirchenfrage am weitesten gefaßt, denn zu ihren Leitfäden gehört zuerst die Forderung „vollkommene, durch völkerrrechtliche Bindungen gesicherte Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles“, und dann erst die Ablehnung „gewalttätiger Aenderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse“. Es ist seitens des Zentrums das Lösungswort gefunden, das weit über die heimatische Grenze hinaus bis zu Rom reicht. Es gehört geschichtliche Kenntnis dazu, den Sinn dieser beiden Forderungen richtig zu verstehen: es bedeutet nichts anderes als Unterordnung des Nationalstaates unter römische Kirchenherrschaft. Die Umgestaltung der alten Zentrumspartei zur „Christlichen Volkspartei“, die erfolgte, um auch evangelische Christen für den Eintritt in die Partei zu gewinnen, konnte an dieser Haltung nichts ändern.

Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei in dieser Frage ist durchaus nicht derselbe. Während jene sich deutlich ausdrückt und wörtlich sagt: „die geschichtlich übernommene Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden“, hat sich die zuletzt genannte Partei nur für eine „Erhaltung und Durchdringung des Christentums in unserem Staats- und Volksleben“ ausgesprochen. Hier ist also weder für noch gegen Trennung von Staat und Kirche Stellung genommen und, man möchte sagen, nur einer freundlichen Gesinnung der Religion gegenüber Ausdruck verliehen.

Die Deutsche Demokratische Partei verlangt „Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbständigkeit der Kirche“.

So verhalten sich die Parteiprogramme. Wie verhalten sich aber die Parteien selbst im Wahlkampf zu der strittigen Frage? Da zieht man ganz demagogisch eine Demarkationslinie und läßt alle sozialistischen oder bürgerlichen Demokraten links vom Strich, alle anderen Parteien rechts des Striches aufmarschieren und prägt dann das Schlagwort: „Hier Kirchenfeinde — dort Christen!“

Und doch ist kein Flugblatt so religiös gehalten und so weitherzig und wahrhaft deutsch wie das Flugblatt der Deutschen Demokratischen Partei über die Frage der Trennung von Staat und Kirche. Ja, im neuen Deutschland sollen weiterhin die Kirchenglocken läuten! Nicht nur dem Gelärte soll Folge geleistet werden, die Religion soll mehr als je der Souverän unseres persönlichen, häuslichen, kirchlichen, aber nicht des politischen Lebens sein. Weshalb steht denn die Deutsche Demokratische Partei im Kampfe um die Religionsfrage in Staat und Schule hinter den anderen Parteien zurück? Warum hat für diese Partei das Schlagwort „Trennung von Staat und Kirche“ keine werbende Kraft?

Vielleicht, weil diese Frage dem Kirchlich-Liberalen eine tief innerste Angelegenheit ist, eine Angelegenheit, so heilig, hoch und